



# Herzlich Willkommen

## Tagesseminar 2017

**fairer-gerechter-  
demokratischer Handel**





- **Warum beschäftigen wir uns mit dem fairen Welthandel ?**
- **TTIP und CETA machten die Bedingungen wie Freihandelsverträgen gestrickt sind, öffentlich und löste entsprechende Proteste aus!**





## Wer hat das erste Freihandelsabkommen vereinbart ?

1. Die USA mit Kolumbien (1987)
2. Großbritannien mit Indien (1947)
3. Deutschland mit Pakistan (1959)



## Antwort 3

Bei der Verabschiedung des Freihandelsabkommens zwischen Deutschland und Pakistan im Jahr 1959 ging es der Bundesregierung darum, deutsche Investoren vor Enteignung in Pakistan zu schützen. Die Bundesrepublik verfügt derzeit über etwa 130 Investitionsförderungs- und -schutzverträge. Die USA haben weltweit etwa halb so viele Investitionsschutzabkommen abgeschlossen.





## Geschichtlicher Rückblick zum Freihandel in Europa

Beschäftigt die Europäer seit 250 Jahren

Nirgendwo sonst auf der Welt ballen sich so viele Staaten auf so engem Raum, wie in Europa, was wiederum permanente Auseinandersetzungen auslöste

Kriegsherren benötigten Silber und Gold, um ihre Soldaten zu bezahlen, sie mussten mehr exportieren als importieren, um Gold und Silber ins Land zu spülen.

Zwei entscheidende Nachteile, die bereits den Zeitgenossen damals auffielen.

1. Es ist unmöglich, dass alle Staaten nur exportieren wollen und niemand importiert. Dann bricht der Handel zusammen.
2. Der Zölle nützten zwar den Fürsten – nicht aber den Konsumenten, weil sie eine Art Sondersteuer des Königs waren. Zudem nutzten es viele Fabrikanten aus, dass sie gegen die ausländische Konkurrenz geschützt waren. Sie verlangten hohe Preise für minderwertige Waren, kassierten also eine Art Monopolgewinn.



## Seit wann gibt es innerhalb der heutigen EU keine Zölle mehr?

- 1. 1968 fielen die Zölle an den Binnengrenzen der damals sechs Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft weg. Zwei Jahre später auch die Zölle für landwirtschaftliche Produkte**
- 2. 1993 fielen die Zölle durch den Maastrich-Vertrag weg – gleichzeitig mit den Grenzkontrollen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten**
- 3. Sie sind nur relativ gering, aber es gibt sie noch heute. Reisende können sie beim Duty-Free-Shopping auf Flughäfen und über den Wolken vermeiden**



## Antwort 2

Am 1. November 1993 trat der Maastricht-Vertrag in Kraft. Er war die Grundlage zur Schaffung der Zollunion und des Binnenmarktes. Das Vertragswerk wurde 1996 durch den Amsterdamer Vertrag ergänzt. Neben der Wirtschafts- und Währungsunion gehörten die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres zu den wesentlichen Elementen und Inhalten des Vertrags über die Gründung der Europäischen Union (so die offizielle Bezeichnung).





## Geschichtlicher Rückblick zum Freihandel weltweit

In der Praxis setzten die Europäer und die Amerikaner im 19. Jahrhundert auf den Protektionismus, um sich zu industrialisieren. Besonders hoch waren die Zölle in den USA, die im Durchschnitt zwischen 35 und 50 Prozent verlangten – und zwar von 1820 bis zum Zweiten Weltkrieg.

Die USA begannen ihre Zölle 1948 abzubauen, nachdem sie unangefochten die globale ökonomische Supermacht waren. Dieses Muster lässt sich übrigens bei allen Industrieländern beobachten: Sie führten den Freihandel erst ein, als die eigenen Produzenten zu den Weltmarktführern gehörten und die Konkurrenz nicht mehr fürchten mussten.

Der erste internationale Freihandelsvertrag namens "Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen" (GATT) wurde 1947 abgeschlossen.

1995 wurde dieser Vertrag durch die Welthandelsorganisation (WTO) abgelöst, doch die Ziele blieben die gleichen: Zölle und andere Handelshemmnisse sollten sukzessive abgebaut werden.

1995 wurde der Freihandel zudem auch auf Dienstleistungen ausgeweitet.



## Ein schrankenloser Freihandel ist für die Entwicklungsländer von heute schädlich

Sie sind heute in einer Situation, die an Deutschland oder Frankreich im 19. Jahrhundert erinnert: Sie müssen versuchen, den technologischen Abstand zu verringern.

Die Entwicklungsländer haben es heute ungleich schwerer als die Deutschen oder Franzosen. Denn im 19. Jahrhundert betrug der technologische Abstand zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern höchstens 4 zu 1. Inzwischen hat sich die Kluft zwischen reichen Staaten wie den USA und den ärmsten Ländern wie Äthiopien oder Tansania auf etwa 60 zu 1 ausgeweitet. Selbst Schwellenländer wie Brasilien hinken 5 zu 1 hinterher, wenn es um die Produktivität ihrer Wirtschaft geht.

Dies bedeutet: Wenn sich heute ein Land wie Brasilien gegen die Übermacht der Industrieländer wehren will, dann reichen Importzölle von 40 Prozent nicht, wie sie die USA im 19. Jahrhundert erhoben haben – sondern es müssten Zölle von weit über 100 Prozent sein.

Die Entwicklungsländer haben erkannt, dass sie durch die Freihandelsabkommen benachteiligt werden. Eine Ursache warum die WTO-Verhandlungen in der DOHA-Runde nicht voran kommen. TTIP, ist/war ein Umweg für Amerikaner und Europäer, um den weltweiten Freihandel jenseits der WTO durchzusetzen.



## Was ist die Doha-Runde?

- 1. Ein Handelsabkommen, dessen Verhandlungen 2001 in Doha begannen.**
- 2. Eine seit 1963 stattfindende Konferenz von internationalen Sicherheitspolitikern, Militär und Vertretern der Rüstungsindustrie.**
- 3. Eine in Doha ansässige Stiftung, bekannt für ihr alljährliches Treffen von Politikern, Wirtschaftsvertretern und Wissenschaftlern.**



## Antwort 1

Die World Trade Organisation (WTO) verhandelt ihre Abkommen in Runden. Derzeit läuft die Doha-Runde, in der sich die Industrie- und Schwellenländer auf einen Abbau von Subventionen und Importzöllen auf Agrarprodukte einigen sollen. Sie startete 2001 in der Stadt Doha/Katar und sollte eigentlich 2005 abgeschlossen sein. Doch die Doha-Runde läuft immer noch: Solange nicht jedes Land dem Vertrag zustimmt, kommt er nicht zustande. In der WTO gilt das Einstimmigkeitsprinzip.



## WTO Welthandelsorganisation – versucht den Regeln aufzustellen

Wie könnte die weitere Entwicklung des Welthandelsregimes aussehen?

Befürworterinnen und Befürworter der Mega-Regionals sind der Meinung, dass sie längst überfällige Handelsregeln schaffen und die Liberalisierung des Welthandels vorantreiben. Die Handelsblöcke, die in den 1990er Jahren gegründet worden sind, vernetzen sich derzeit untereinander über die Weltmeere hinweg. Falls dies gelingt, würden transkontinentale Freihandelszonen entstehen, die umso bedeutender werden, je mehr Staaten beitreten. Kritikerinnen und Kritiker geben daher zu bedenken, dass Entwicklungsländer oder kleinere Staaten, die nicht an den Verhandlungen solcher Handelsblöcke teilnehmen, so gut wie keine Möglichkeiten haben, die zukünftigen Regeln des Welthandels mitzugestalten. So ist beispielsweise kein einziges afrikanisches Land Teil der Verhandlungen eines Mega-Regionals.

In nächster Zeit könnte weiter Bewegung in das Thema kommen. Schon auf der WTO-Konferenz in Nairobi Ende 2015 haben einige Teilnehmer einen Abbruch der Doha-Runde vorgeschlagen. Einige Industrieländer, allen voran die USA, hatten sich dafür ausgesprochen.



## Die wichtigsten Freihandelszonen

Neben dem EU-Binnenmarkt gibt es viele regionale Freihandelszonen, die politisch und wirtschaftlich weniger stark integriert sind als die EU.

Zu den bedeutendsten gehören:

[NAFTA - North American Free Trade Agreement](#) – begründet die Freihandelszone zwischen Kanada, den USA und Mexiko. Mit Inkrafttreten wurden 1994 zahlreiche Zölle abgeschafft, zudem ein Abkommen für Umweltbelange geschlossen, das North American Agreement on Environmental Cooperation (NAAEC) und das Arbeitsrecht zwischen den drei Staaten angeglichen – mit dem North American Agreement on Labor Cooperation.

US-Präsident Trump wollte NAFTA kündigen – jetzt soll es neu verhandelt werden

Die [ASEAN-Freihandelszone, ASEAN Free Trade Area](#), umfasst Thailand, Vietnam, Laos, Brunei, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Myanmar, Singapur und die Philippinen. Ziel ist, die Zölle für 98 Prozent aller Waren untereinander abzuschaffen oder stark zu senken.





## Weitere Freihandelszonen

Der [MERCOSUR](#) - abgekürzt für "Gemeinsamer Markt Südamerikas" hat Brasilien, Paraguay, Venezuela, Argentinien, Uruguay und Bolivien als Mitglieder; Chile, Kolumbien, Peru, Ecuador, Guyana und Surinam sind assoziierte Mitglieder.

Die [Greater Arab Free Trade Area \(GAFTA\)](#) wurde 1997 gegründet. Mit ihren fast 20 Mitgliedsstaaten in Nordafrika und auf der arabischen Halbinsel gehört die GAFTA zu den größten Freihandelszonen weltweit. Erklärtes Ziel ist, bis 2025 einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen, also einen Binnenmarkt etwa nach dem Vorbild der EU.

Bei der WTO sind inzwischen fast 600 regionale Freihandelsabkommen notifiziert, davon mehr als 350 aktuell in Kraft.

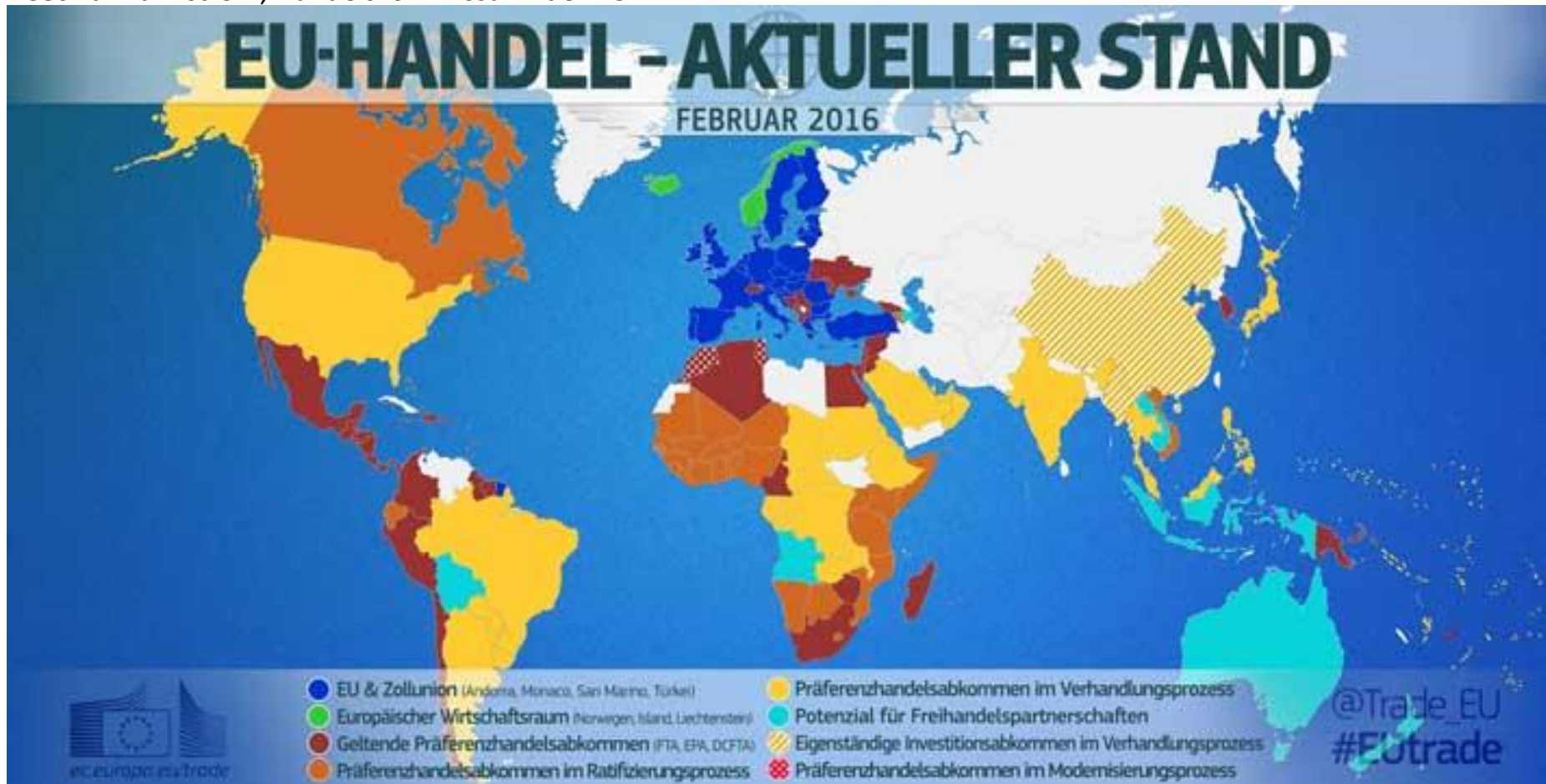


**„Handelsabkommen sind keine Allheilmittel, aber sie sind ein wichtiges Werkzeug, um Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in ganz Europa zu sichern“**

Cecilia Malmström, Handelskommissarin der EU

# EU-HANDEL - AKTUELLER STAND

FEBRUAR 2016



@Trade\_EU  
#EUTrade



## Freihandelsabkommen mit hoher Präferenz

### JEFTA Freihandelsabkommen zwischen Japan und der EU

Soll schnell unterzeichnet werden. Schließlich produzieren Japan und die EU ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung. Und JEFTA ist nur das erste von etlichen Konzern-Abkommen, das die Kommission abschließen will.

### Freihandelsabkommen mit Indien

Soll mit neuem Schwung verhandelt werden. Nachdem Großbritannien aus der EU ausscheidet und nicht mit unterzeichnet könnte dies auch leichter gehen. Indien ist eine ehemalige Kolonie, wo von Großbritannien eh schon profitierte.

### Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) bzw. Economic Partnership Agreement (EPA)

Von der EU gewollte Abkommen über Freihandelszonen zwischen der EU und den 78 AKP-Staaten (in der Mehrzahl ehemalige europäische Kolonien in Afrika, der Karibik und im Südpazifik).



## Was ist das Cotonou-Abkommen?

- 1. legte im Jahr 2000, Cotonou als Hauptstadt des Benin fest**
- 2. legte im Jahr 2000 fest, dass die afrikanischen Staaten, bis 2020 keine Einfuhrzölle in Europa bezahlen müssen**
- 3. legte Cotonou als wichtigsten Hafen in Afrika fest, über den die europäischen Produkte mit geringen Zöllen in Afrika eingeführt werden können**



## Antwort 2

Das **Cotonou-Abkommen** ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den AKP-Staaten, der das besondere Verhältnis (insbesondere günstige Zollkonditionen) der EG mit diesen Staaten regelt. Bei den AKP-Staaten handelt es sich zum Großteil um ehemalige Kolonien der EU-Mitgliedstaaten.

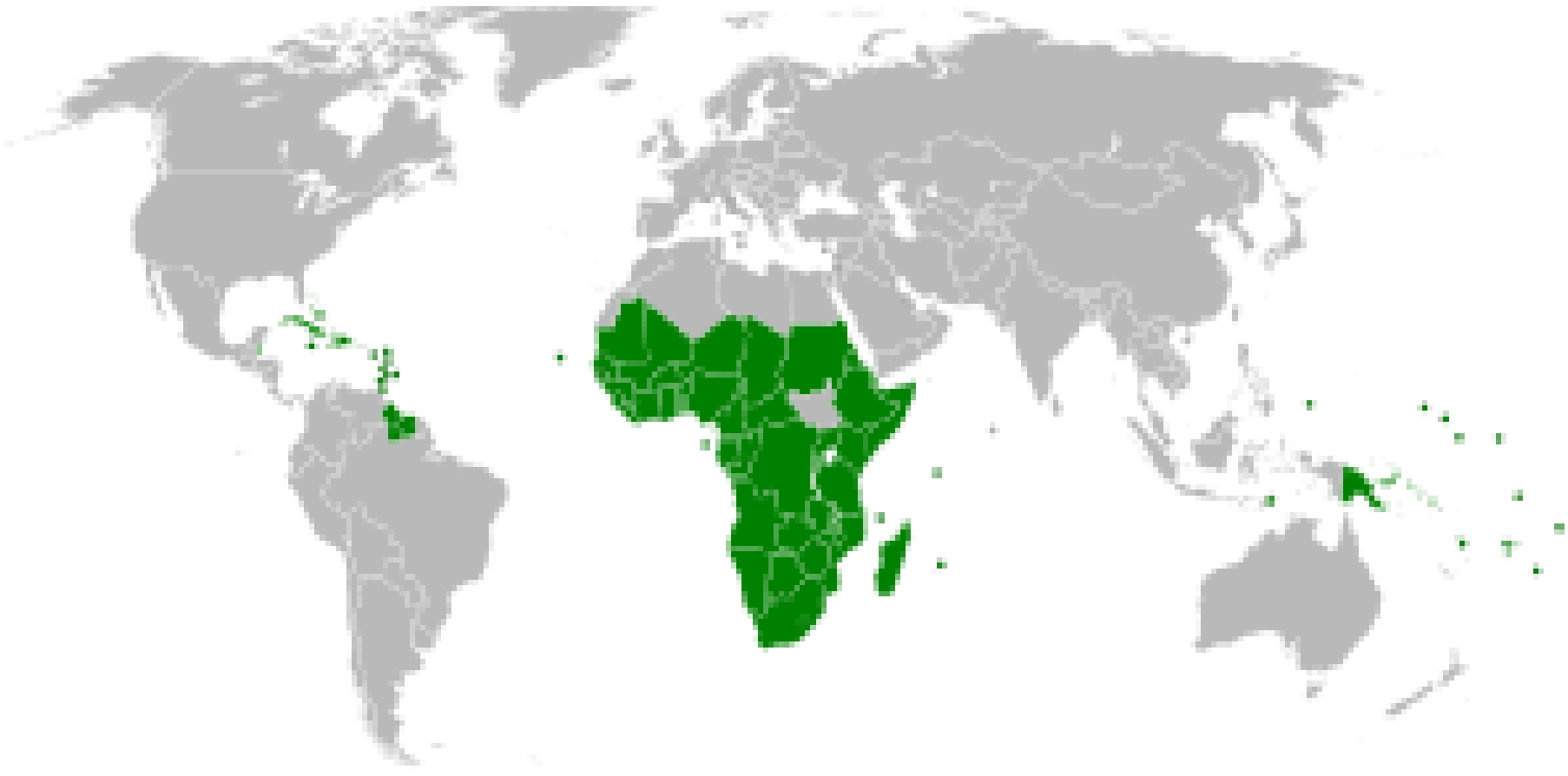
Das Abkommen wurde als Nachfolger des Lomé-Abkommens - welches am 29. Februar 2000 auslief – am 23. Juni 2000 unterzeichnet. Es umreißt das zwischenstaatliche Verhältnis der Vertragspartner im Bereich Entwicklungshilfe, Handel, Investitionen und Menschenrechte und läuft 2020 aus.

Der Vertrag wurde im Juni 2000 in Benin unterzeichnet. 79 AKP-Staaten sowie die damals 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterschrieben das Abkommen, das 2002 in Kraft trat.

Gemäß diesem Vertrag gibt die EU den AKP-Exporten nicht nur freien Zugang zu ihren Märkten, sondern AKP-Staaten werden ihre eigenen Märkte für EU-Exporte frei zugänglich machen müssen. Im Cotonou-Abkommen wird festgehalten, dass die am wenigsten entwickelten Länder anders behandelt werden als die besser entwickelten.



## AKP-Staaten, die Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten







## Zusammenarbeit AKP-Staaten-EU

- 1957-1963 Kolonien und Einzelabkommen  
Vorzugsbehandlung
- 1963-1975 Jaunde-Abkommen I-II  
Vorzugsbehandlung und Freihandelszone
- 1975-2000 Lomé-Abkommen I-IV  
bevorzugter Marktzugang und Garantiepreise
- 2000-(2020) Cotonou-Abkommen  
Zollvorteile und reziproke Handelserleichterungen
- Economic Partnership Agreements – EPAs  
Reziprozität und WTO-Konformität

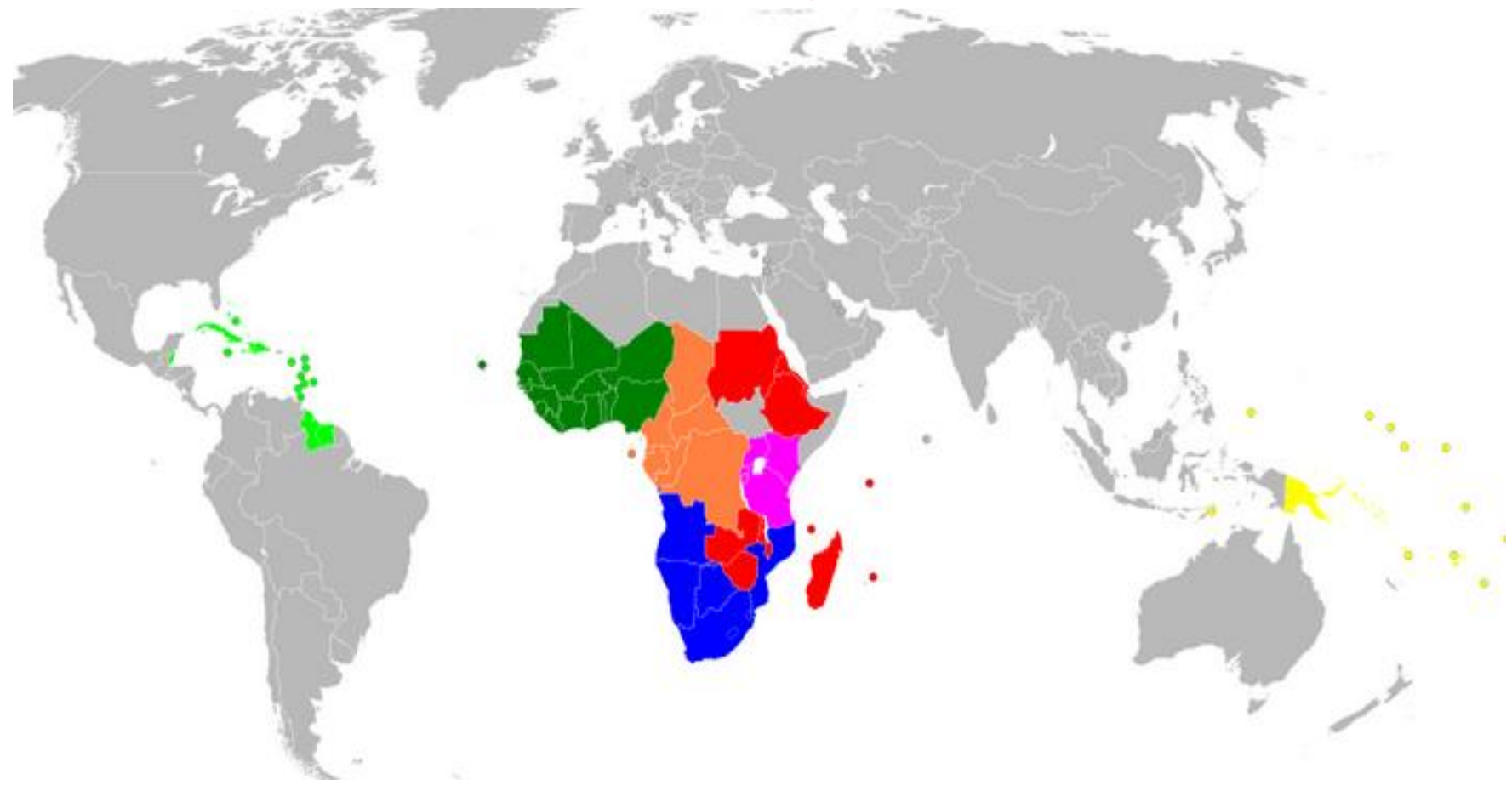


## **EPA-Ländergruppen** Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) bzw. **Economic Partnership Agreement (EPA)**

- Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS)
- Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC)
- Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC)
- Östliches und südliches Afrika (ESA)
- Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC)
- Karibische Gemeinschaft (CARIFORUM)
- Pazifischer Raum



## EPA-Ländergruppen





## EU-„Entwicklungspolitik“

- EPAs  
79 Länder (AKP-Staaten) stellen 3 Prozent der EU-Importe
- Everything but Arms (EbA)  
48 ärmste Länder (LDC) dürfen „alles außer Waffen“ zollfrei in die EU einführen und stellen damit 0,6 Prozent der EU-Importe
- 39 AKP-Staaten sind auch LDC  
Spaltung der regionalen Gemeinschaften



## EPA-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen



Plakat aus Afrika

1. Freihandel betrifft nicht nur Zölle, sondern auch:
  - a. Regulierung, Standards, Normen
  - b. Lizenzen
  - c. Nationale Steuersysteme
  - d. Investitionen
  - e. Handelsabkommen mit Drittländern
2. Freihandel betrifft nicht nur Handel, sondern auch:
  - a. Menschenrechte
  - b. Umwelt
  - c. Arbeitsrechte
  - d. Recht auf nachholende Entwicklung



## EPA-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

Der Europa-Ausschuss der französischen Nationalversammlung veröffentlichte einen umfangreichen Bericht. Der Bericht nennt „vier Schocks“, denen die AKP-Staaten ausgesetzt wären, wenn sie ihre Märkte öffneten:

1. ein Haushaltsschock aufgrund der zu erwartenden Einnahmeverluste wegen der wegfallenden Importzölle;
2. ein Außenhandelschock durch sinkende Wechselkurse, wenn die AKP-Staaten nicht konkurrieren können;
3. ein Schock für die schwachen, im Aufbau befindlichen Industriesektoren in den AKP-Staaten, die der Konkurrenz aus der EU nicht gewachsen sind;
4. ein landwirtschaftlicher Schock, da lokale Märkte und Produzenten mit den Billigimporten aus der Europäischen Union (hoch subventioniert) nicht konkurrieren können.





## EU erhöhte den Druck damit EPA's unterzeichnet werden

Weil die Verhandlungen mit den so genannten AKP-Staaten nicht vorankommen, will die Brüsseler Behörde nun Ghana, der Elfenbeinküste, Kenia, Botsuana, Namibia und Swasiland ab Oktober 2016 den privilegierten Zugang zum europäischen Markt entziehen.

Am 10. Oktober 2016 wurde das EPA mit den 5 afrikanischen Staaten unterzeichnet. Die EU hat bei den EPA-Verhandlungen über die WTO-Vorgaben hinaus z. B. darauf bestanden, dass die AKP-Staaten in Zukunft keine neuen Ausfuhrzölle und Schutzzölle verabschieden dürfen und sich so den dauerhaften Zugang zu günstigen Rohstoffen gesichert.

80 % des Import-Volumens jedes AKP-Landes aus der EU sollen zollfrei abgewickelt werden. Diese 80 % sollen nach einer Übergangsfrist von bis zu 20 Jahren erreicht werden. 20 % des Import-Volumens können dauerhaft vor internationalem Wettbewerb geschützt werden. Nach einer weiteren Klausel sollen Schutzzölle erhoben werden können, „wenn eine deutliche Schädigung der lokalen Industrie droht“.



## Das Beispiel Nigeria

Mit seinen 180 Millionen Einwohner vereint Nigeria 78 Prozent der Wirtschaftsleistung der Westafrikanischen Gemeinschaft auf sich. Und die Unruhen im Norden und äußersten Süden des Landes haben der Regierung deutlich gemacht, was bei diesen Verhandlungen auf dem Spiel steht. Sie kann nur ein Abkommen akzeptieren, das bessere wirtschaftliche Perspektiven für weite Teile der einheimischen Bevölkerung ermöglicht.

Anders kann es in einem Land, in dem 56 Prozent der 15- bis 34-Jährigen arbeitslos oder geringfügig beschäftigt sind, nicht sein.





Die Ökonomen der westafrikanischen Wirtschaftsunion ECOWAS und der Weltbank behaupten, dass Nigeria von dem EPA-Abkommen profitieren würde. Die nigerianischen Ökonomen sind zu anderen Ergebnisse gekommen: Sie sagen voraus, dass EPA unsere Märkte in eine Müllhalde für europäische Produkte verwandeln würde. Es würde nicht nur die Chancen unserer kleinen und mittelgroßen Unternehmen erheblich schmälern, die gegen die europäische Konkurrenz keine Chance hätten. Mittel- bis langfristig würden der nigerianischen Regierung auch spürbar Steuereinnahmen entgehen.





## Zollverluste durch EPAs

- Kenia 742 Millionen US-\$
- Tansania 940 Millionen US-\$
- Uganda 597 Millionen US-\$
- Burundi 24 Millionen US-\$
- Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft 1 871 Millionen € bis 2035

zugesagte Kompensation 1 300 Millionen = Verlust von 44 Prozent





## „Handel ist Krieg“ sagt der ugandische Ökonom Yash Tandon

*"Handel tötet Menschen; er treibt sie in die Armut; er schafft Reichtum an einem und Armut am anderen Ende; er bereichert die mächtigen Nahrungsmittelkonzerne auf Kosten der Marginalisierung von armen Bauern, die dann zu Wirtschaftsflüchtlingen werden. Natürlich ist Handel lebenswichtig für das Wohlergehen der Menschen. Wir stellen Dinge her, wir produzieren Nahrung, wir liefern Dienstleistungen. Handel kann ein Mittel zur friedlichen Entwicklung der Völker der Welt sein – das kann er sein, und das war er in der Vergangenheit. Handel ist zu einer Waffe des Krieges zwischen den reichen Nationen und dem Rest der Welt geworden.,,*

*"Ich kenne die Art, mit der die Europäische Union afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten 'Wirtschaftspartnerschaftsabkommen' aufgedrängt hat. Afrikanische Regierungen, geschwächt durch ihre Abhängigkeit von sogenannter Entwicklungshilfe, sind oft bereit, diese asymmetrischen und vollkommen unfairen Abkommen zu unterzeichnen. Vielleicht liegt es auch am 'Minderwertigkeitskomplex', dem Drang der 'kolonisierten Elite', die Anerkennung ihrer europäischen Mentoren zu suchen."*



## Europa erzeugt die Flüchtlinge selbst

**Politiker versprechen, die Fluchtursachen in den armen Ländern zu bekämpfen. Gleichzeitig versucht die EU, in Afrika ein verheerendes Freihandelsabkommen durchzusetzen.**

Zeit 1.8.2016

## Freihandel mit Afrika klingt fair, ist aber ungerecht

**Mit Geld für Entwicklungshilfe will Angela Merkel Fluchtursachen in Afrika bekämpfen. Doch ein Teil des Problems sind die Europäer selbst - und ihr Drang zum Freihandel.**

Süddeutsche 15.10.2016



## Wer erfand den Slogan "Made in Germany"?

- 1. Großbritannien: dort mussten nach 1887 alle Produkte aus fremden Ländern gekennzeichnet werden**
- 2. Reichskanzler Brüning: Mit dem Slogan sollten auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1931 deutsche Produkte international besser vermarktet werden.**
- 3. Japan: um sich besser gegen den Import deutscher Autos schützen zu können, mussten diese dort seit 1987 die Aufschrift tragen**





## Antwort 1

Das britische Parlament wollte die heimische Industrie mit dem Slogan Ende des 19. Jahrhunderts gegen billige Plagiate aus Ländern wie Deutschland schützen.



## Die KAB Deutschland setzt sich aktiv für die Verwirklichung folgender Prinzipien eines fairen Handels ein.

### 1. Nahrung

Fairer Handel muss vom Freihandel ausgeschlossen sein und Spekulationen mit Lebensmittel sind zu verbieten

### 2. Arbeitnehmerrechte

Die EU muss die Auswirkungen von Handelsabkommen auf die Beschäftigung im Voraus bewerten

Die ILO-Arbeitsnormen sind in allen Verträgen zu sichern

### 3. Politischer Handlungsspielraum und Menschenrechte

Handelsabkommen, die Menschenrechte verletzen, müssen sofort beenden werden können



## 4. Auslandsinvestitionen

Die EU muss die Investitionsabkommen ihrer Mitgliedsländer beenden, welche gegen die gesetzlichen Verpflichtungen der Empfängerländer verstoßen und Menschenrechte nicht respektieren

## 5. Banken und Versicherungen

die EU muss die finanzielle Stabilität zu einem öffentlichen Gut machen und Steueroasen abschaffen

## 6. Regulierung der Finanzmärkte

Handelsabkommen müssen Vorgaben zur Steuerkooperation enthalten, um Steuertrickserei, durch transnationale Konzerne zu verhindern



## 7. Globaler Süden

Eine reformierte Welthandelsorganisation muss der Ort sein wo über gerechte Handelspolitik verhandelt wird

## 8. Rohstoffe

Es braucht Regeln für die Rohstoff ausfuhr. EU braucht Richtwerte wie sie Rohstoffverbrauch verringern möchte

## 9. Klimawandel

Kohlenstoffemissionen reduzieren und Emissionen grundsätzlich auf 60% bis in das Jahr 2030 zurückführen. Die EU muss ihre "Klimaschulden" bei den Ländern des Südens begleichen



## 10. Öffentliche Dienstleistungen

EU muss ihre Fokussierung auf die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen beenden

Die demokratische Kontrolle, Qualität und Leistbarkeit öffentlicher Dienstleistungen in Europa und außerhalb müssen gestärkt werden

## 11. Öffentliches Beschaffungswesen

öffentliche Auftragsvergabe muss als ein Werkzeug zur Schaffung und Erhaltung gesunder regionaler Wirtschaftsstrukturen dienen

## 12. Geistiges Eigentum

die Rechte auf geistiges Eigentum müssen innerhalb des Grundgerüsts von Menschenrechten, Verbraucherschutz, Wettbewerb, Persönlichkeitsschutz und der Entwicklungsziele festgeschrieben und umgesetzt werden



Die KAB Rottenburg-Stuttgart hat den Antrag „Fairer, gerechter und demokratischer Handel – als Basis für ein alternatives Handelsmandat“ in den Bundesverbandstag 2017 in Krefeld eingebracht.

Er wurde mit großer Mehrheit am 27. Mai 2017 Angenommen.





## **Gesprächsgruppen zu Forderungen der KAB für einen fairen Handel**

- 1. Nahrung, Arbeitnehmerrechte, Politischer Handlungsspielraum und Menschenrechte**
- 2. Auslandsinvestitionen, Banken und Versicherungen, Regulierung der Finanzmärkte**
- 3. Globaler Süden, Rohstoffe, Klimawandel**
- 4. Öffentliche Dienstleistungen, Öffentliches Beschaffungswesen, Geistiges Eigentum**

**Aufgabe der Gesprächsgruppen:**

**Welche 3 Forderungen sind für uns am wichtigsten?**

**Welche Forderung würden wir noch ergänzen?**





**Vielen Dank für ihr Interesse an  
dieser Thematik**

**Peter Niedergesäss  
KAB-Diözesansekretär**



## Warum TTIP nicht zu einem Fairen Welthandel beiträgt ?

### 1. Das Forum Fairer Handel lehnt TTIP in der derzeit geplanten Form ab, weil es Bestrebungen hin zu einem fairen Welthandel untergräbt:

- TTIP sieht neue Rechtsvorschriften vor, welche faire Beschaffung erschweren würden: TTIP schafft einen Rechtsraum, in dem Staaten für potentiellen Gewinnverlust durch soziale und ökologische Gesetzgebung von Großkonzernen verklagt werden können.
- TTIP fördert intransparente Welthandelspolitik, in der eine Minderheit im Geheimen verhandelt, anstatt multilaterale Politikräume zu nutzen und zu stärken.
- TTIP ist ein Präferenzabkommen zulasten der Entwicklungsländer –und Schwellenländer: Handelsströme werden auf die USA und EU umgeleitet.



## 2. Der Schutz der Investoren- wird zum übergreifenden Ziel der Politik

- Unternehmen klagen gegen den Staat, wenn dessen Politik ihre „legitimen Gewinninteressen“ beeinträchtigt.
- z.B. strengere Umweltgesetze, konsequente Gesundheitsvorsorge mehr Recht zum Schutz für Arbeitnehmer oder höher gesetzlicher Mindestlohn

## 3. Eine Paralleljustiz

- Soll die Klagerechte der Unternehmer stärken – wie dies in vielen Freihandelsabkommen schon heute der Fall ist.
- Häufig kritisieren Unternehmen, dass sie bei Klagen gegen Staaten auf partiische nationale Schiedsgerichte treffen. Deshalb tun sie alles, um in Freihandelsabkommen private Schiedsgerichte zu etablieren, von denen nur ausländische Unternehmen zum Schutz ihrer Investoren klagen können, d.h. an der nationalen Justiz vorbei



## 4. Eine regulatorische Kooperation

- soll dafür sorgen, dass alle Handelsgesetze künftig mit Freihandelsgesetze vereinbar sind.
- d.h.um dies zu garantieren sollen sie von Regulierungsbehörden geprüft werden, bevor die Gesetzesentwürfe ins Parlament gelangen.
- CETA enthält die regulatorische Kooperation in TTIP ist sie geplant. Solche Regulierungsbehörden sollen eng mit den Unternehmensvertretern zusammenarbeiten.
- Dadurch entsteht die Gefahr, dass Gesetzesvorschläge, die in die Parlamente eingebracht werden, bereits vorher zugunsten von Wirtschaftsinteressen entschärft wurden.



## Der Europäische Binnenmarkt

Der europäische Binnenmarkt ist viel mehr als eine Freihandelszone – und volumenmäßig der größte der Welt.

Der Binnenmarkt der EU überträgt die Prinzipien, die man von einem Nationalstaat kennt, auf die gesamte Europäische Union. Er basiert auf den Vier Freiheiten, also der Freiheit der Waren, der Freiheit der Dienstleistungen, der Freiheit des Kapitals und der Freiheit (im Sinne von Freizügigkeit) der Arbeitskräfte.

Einfach gesagt bedeutet das, dass jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger einkaufen, arbeiten, Dienstleistungen anbieten oder in Anspruch nehmen und investieren kann, wo er will. Französischer Käse im Supermarktregal, ein italienischer Pizzeria-Wirt in Frankfurt, eine Geldanlage in Dänemark und ein Job in Großbritannien – das alles klingt für unsere Ohren nicht ungewöhnlich, es ist die Realität des Binnenmarktes. Zusätzlich zu den 27 EU-Staaten gehören noch Norwegen, Island und Liechtenstein zum EU-Binnenmarkt.

Die EU verhandelt für diese Staaten die Internationalen Freihandelsabkommen.



## Die WTO - Welthandelsorganisation

Die Liberalisierung des Welthandels hatte jahrzehntelang Fortschritte gemacht. Bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg hatten sich 23 Staaten im WTO-Vorläuferabkommen GATT (engl. General Agreement on Tariffs and Trade, GATT) auf weniger Zölle, Abgaben und andere Hemmnisse im globalen Warenaustausch geeinigt – durch das seit 1948 geltende Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen und seine auf ihm basierenden Verhandlungsrunden von Havanna bis Uruguay expandierte der Welthandel zunächst stark. Das GATT ist heute noch die wichtigste Vertragssäule der 1994 gegründeten WTO, wo die heute mehr als 160 Mitgliedsstaaten versuchen, sich auf Regeln für den weltweiten Handel zu einigen



## WTO Welthandelsorganisation – versucht den Regeln aufzustellen

Der Prozess der Liberalisierung stockt spätestens seit der WTO-Ministerkonferenz in Seattle 1999, die auch von Protesten von Globalisierungsgegnern begleitet war. Deshalb suchen Staaten mittlerweile neue Foren außerhalb der WTO, um Handelsregeln zu vereinbaren.

Die Transpazifische Partnerschaft ist das Mega-Regional-Abkommen, das am weitesten fortgeschritten ist. Zwölf Staaten sind beteiligt, darunter die USA, Australien, Kanada, Peru, Vietnam, Singapur und Japan. Zusammen machen sie etwa 25 Prozent des weltweiten Handels aus. Sieben Jahre lang haben die Pazifik-Anrainer verhandelt, seit Herbst 2015 ist das Abkommen fertig. Alle Länder müssen aber noch ratifizieren.

Die veränderten Machtverhältnisse sind einer der Gründe, warum die Doha-Runde nicht vorankommt. Zwar gilt in der WTO das Motto "ein Land, eine Stimme", dennoch ist es ein offenes Geheimnis, dass die wirtschaftlich mächtigen Staaten die Agenda dominieren. Und das waren in früheren Jahren vor allem die alten Handelsmächte USA und EU. Die USA haben den Abbruch der Doha-Runde vorgeschlagen.





## Zusammenarbeit AKP-Staaten-EU

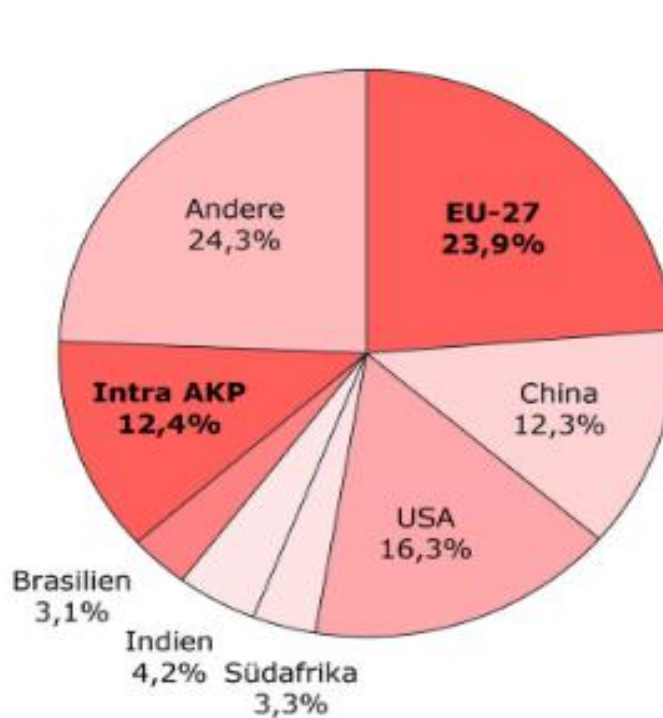


Abbildung 2: AKP-Handelsvolumen 2009 nach Ländern (Quelle: <http://ec.europa.eu/trade/> / 08.02.11).

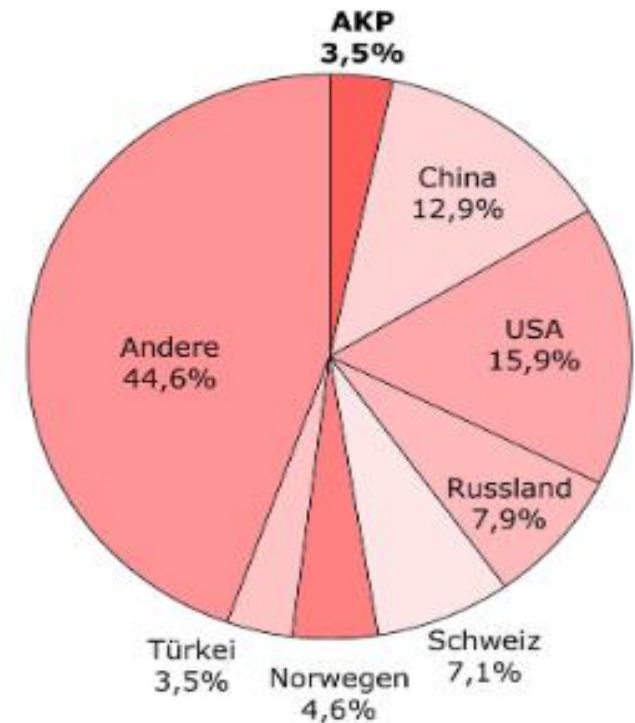
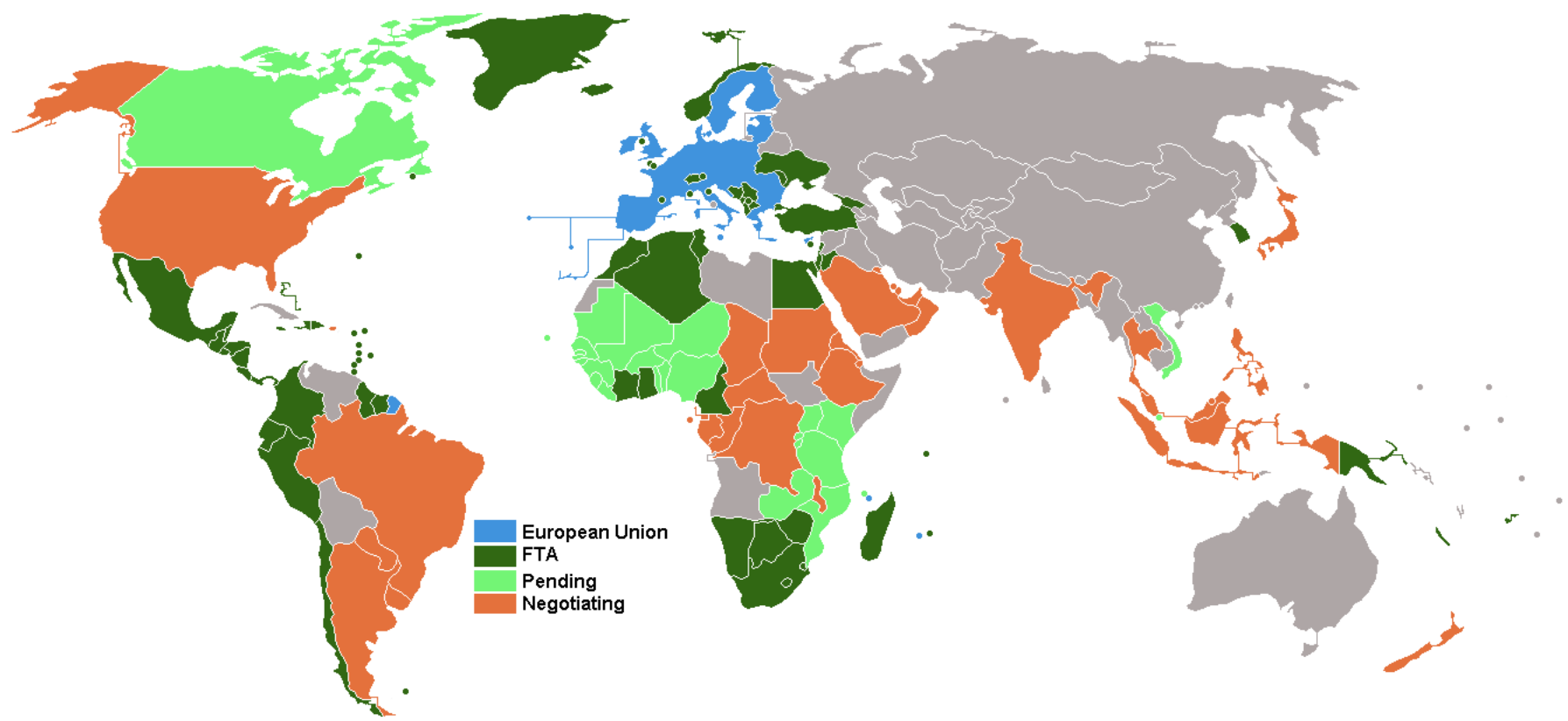


Abbildung 3: EU-Handelsvolumen (extra-EU27) 2009 nach Ländern (Quelle: <http://ec.europa.eu/trade/> / 08.02.11).

**KAB**  
 EU weites Beschaffungswesen    Globaler Süden  
**fairer**    **Klimawandel**  
 Rohstoffe    Ernährungssouveränität  
 Menschenrechte    Öffentliche Dienstleistungen privatisieren  
**gerechter**    **Regulierung der Finanzmärkte**  
 Auslandsinvestitionen  
**demokratischer**  
 Arbeitnehmerrechte    Außenhandelsüberschuss  
 Umweltschutz    **Handel**  
 Geistiges Eigentum schützen



FTA = unterzeichnete Freihandelsabkommen  
 Pending = bevorstehende Freihandelsabkommen  
 Negotiating = in Verhandlung befindliche Freihandelsabkommen